

Keine französischen Verhältnisse herbeireden

Marodierende Jugendbanden, brennende Autos, bürgerkriegsähnliche Zustände: Frankreich versinkt im Chaos. Die Fernsehbilder von schweren Ausschreitungen in den Vororten von Paris und anderen französischen Großstädten haben international Bestürzung hervorgerufen.

Immer mehr Deutsche fragen sich besorgt, ob diese Welle der Gewalt auch nach Deutschland schwappen könnte. In diesem Zu-



Henkel redet Klartext

sammenhang ist die Äußerung des Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde durchaus als Warnung zu begreifen: „Der Nährboden ist vorhanden, wenn sich die Situation für Migranten nicht verbessert.“ Angesichts der Brandanschläge im Berliner Ortsteil Moabit nimmt die Angst weiter zu. Noch ist unklar, ob es sich um die Tat von Trittbrettfahrern handelt oder ob es einen soziokulturellen Hintergrund gibt. Deshalb sind Aussagen wie die des Neuköllner Bürgermeisters Buschowsky, Paris sei der Blick durch das Schlüsselloch in die Zukunft Berlins, äußerst gefährlich. Aber eines ist klar: Gerade in Berlin mit seinen Problemkiezen und den in bestimmten Ortsteilen vorhandenen parallelgesellschaftlichen Strukturen ist die Gefahr einer sozialen Eskalation besonders hoch. Diese brisante Entwicklung ist auch ein Ausdruck der gescheiterten Integrationspolitik des rot-roten Senats, der dieses Politikfeld in der Vergangenheit sträflich

vernachlässigt hat. In Berlin kennen wir ähnliche Exzesse bislang nur von den 1. Mai-Demonstrationen, auf denen Jugendliche aus einem pervertierten Gewaltverständnis heraus randalieren. Aber erst, wenn Menschen in unserer Stadt keinen Ausweg aus ihrer sozialen Misere sehen und aus Verzweiflung handeln, wird die Lage zum Pulverfass. Im Stadtteil Moabit beträgt der Ausländeranteil 28 Prozent, jeder vierte ist arbeitslos. Des-

halb gilt es, den Menschen wieder Perspektiven aufzuzeigen und unsere Integrationsbemühungen zu verstärken. Die hier lebenden ausländischen Mitbürger, gerade junge Leute, müssen im eigenen Interesse die deutsche Sprache beherrschen. Mit verpflichtenden Sprachtests nach

dem Lebensjahr können ihre Bildungs- und damit ihre Zukunftschancen in unserer Gesellschaft erhöht werden. Schulen mit einem hohen Ausländeranteil müssen kleinere Klassen und bessere Ausstattungen bekommen. Um den Menschen zu zeigen, dass wir ihre Kieze nicht aufgeben, sollte auch die Polizei in sozial problematischen Vierteln mehr Präsenz zeigen. Wir haben noch weitere Mittel in der Hand, um französischen Verhältnissen bei uns entgegenzuwirken. Die Politik muss engagiert die Wertedebatte weiterführen, der sich der Regierende Bürgermeister Wowereit bisher so vehement verschließt. Dazu gehört auch ein Wahlpflichtfach Religions- und Werteunterricht. Gerade bei Jugendlichen ist es wichtig, ihnen frühzeitig die Werte zu vermitteln, auf denen unser Staat und unsere Gesellschaft fußen. Gegenseitige Toleranz und ein gemeinsamer Wertekonsens sind hervorragende Grundlagen für eine gelungene Integration.

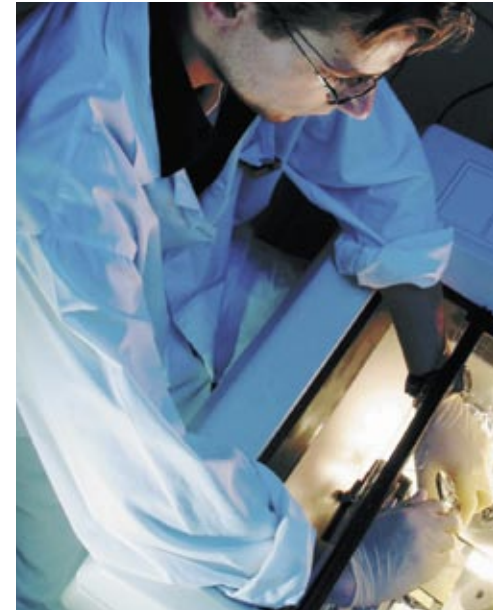
Wissenschaft ist der Schlüssel zur Zukunft



Nicolas Zimmer, Vorsitzender und wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, nimmt in einem Namensartikel zur Wissenschaftspolitik in Berlin Stellung.

Wissenschaft gehört zu den wichtigsten Zukunftsfeldern überhaupt. Wir brauchen eine freie Wissenschaft, als Grundlage für mehr Spitzenleistung und damit für mehr Arbeitsplätze. Mit Blick auf die Potentiale unserer Stadt sind Wissenschaft und Forschung von entscheidender Bedeutung und wichtige Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Berlin. Die Wissenschaft fördert mit ihren insgesamt 50.000 Beschäftigten in der Lehre und Forschung Innovation und Existenzgründungen in Berlin. Wir haben mit der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft nicht nur am Standort Adlershof eine Ideenschmiede, ein 'Silicon Valley der Kreativen' geschaffen. So z.B. das Projekt 'Galileo'. Unter dem Namen des Renaissancegenies Galileo fassen die Euro-Techniker ein System von 30 Navigationssatelliten zusammen, die ab dem Jahr 2011 die Erde umkreisen sollen. Mit ihnen wird eine digitale Ortsbestimmung nicht nur genauer möglich sein als mit dem amerikanischen GPS (Global Positioning

System). Das Anwendungszentrum Berlin Brandenburg repräsentiert mehr als 300 Unternehmen, Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen. Die wichtigste Galileo-Sparte, die Luft- und Raumfahrtin-



dustrie, erzielte in der Region 2004 mit rund 16 000 Mitarbeitern einen Umsatz von 1,1 Mrd. Euro. Diese Zahlen machen Mut und sind Auftrag zugleich. Oder auch der riesige Bereich der Gesundheits- und Medizinforschung – neudeutsch Life Sciences. Mit den international anerkannten Standorten der Hochschulmedizin an der Humboldt-Universität (Charité) und an der Freien Universität (Universitätsklinikums Benjamin Franklin) haben sich herausragende Institute etabliert. Berlin muss Gesundheitsstadt werden – mit Ausstrahlung weit über die deutschen und europäischen Grenzen hinweg. Als

Fundamente der Wissenschaft und Forschung brauchen wir aber vor allem Hochschulen, die von mehr Autonomie und weniger Detailsteuerung durch den Staat geprägt sein müssen, als dies heute der Fall ist.

Wir wollen eine verkürzte Studienzeit durch Bachelor- und Masterstudiengänge, um dem internationalen Niveau nicht länger hinterher zu hinken. Hochschulen müssen selbst entscheiden, wen sie aufnehmen können und wollen – dies fördert die Leistung und den Wettbewerb. Im Gegenzug muss der Staat ein ausreichendes

Studienplatzangebot sicherstellen. Dabei werden wir, allerdings auch im Interesse eines höheren Niveaus in der Ausbildung, Studiengebühren einführen müssen. Die CDU-Fraktion wird die Reformprozesse der Berliner Hochschulen gegenüber dem Senat konstruktiv, aber auch kritisch begleiten. Wir sehen uns als größte Oppositionsfraktion in der Verantwortung, die Wissenschaft in Berlin weiter zu entwickeln und ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Hochschulstandorten zu stärken. Die Wissenschaft ist das Tor zur Zukunft. Der Schlüssel dafür liegt in unseren Händen.

Kleiner Parteitag berät über Koalition

Am 14. November wird der Bundesausschuss über das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der SPD beschließen. Auf dem sogenannten kleinen CDU-Bundesparteitag wird die designierte Bundeskanzlerin und CDU-Bundeschefin, Angela Merkel, den einführenden Bericht geben. Die von großem Medieninteresse begleitete Tagung wird auch für die

Delegierten aus den CDU-Landesverbänden einige Neuigkeiten bieten, werden doch die abschließenden Ergebnisse wohl erst kurz vor der Sitzung feststehen. Angeregte Diskussionen sind bei dem, was bisher an die Öffentlichkeit kam, nicht ausgeschlossen. Der Bundesausschuss findet in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin statt. Am selben Tag beginnt auch der Bun-

desparteitag der Sozialdemokraten in Karlsruhe, die zudem turnusgemäß einen neuen Vorstand wählen müssen. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel soll dann im Fall der Bildung einer großen Koalition am 22. November zur Bundeskanzlerin gewählt werden. Nach bisheriger Praxis findet zwei Tage nach dieser Wahl die Kabinettsvereidigung statt.